

den verschiedenen Ebenen liegen die Vorstellungen über Einheit bzw. volle Gemeinschaft der Kirchen nach wie vor zu weit auseinander, als daß hier in absehbarer Zeit entscheidende Durchbrüche zu erzielen wären. Der offizielle theologische Dialog zwischen katholischer Kirche und Orthodoxie ist seit Jahren unterbrochen; eine – trotz aller Schwierigkeiten zu erwartende – offizielle Annahme der lutherisch-katholischen Erklärung zur Rechtfertigungslehre wäre nur ein erster Schritt, dem etliche weitere folgen müßten.

Eine Vereinbarung über ökumenische Rechte und Pflichten in Europa kann auch nicht von der Tatsache absehen, daß es auch erhebliche Verständigungsprobleme *innerhalb der konfessionellen Blöcke* gibt. Man denke nur an die Spannungen zwischen dem Moskauer und dem Ökumenischen Patriarchat, die auch im Umfeld der Grazer Versammlung zum Vorschein kamen. Und auf reformatorischer Seite tut man sich schwer damit, angesichts der beträchtlichen, weniger lehrmäßigen als kulturellen und strukturellen Unterschiede zwischen den verschiedenen Kirchen das gemeinsame protestantische Zeugnis in Europa zu profilieren und die Organe für eine solche Zusammenarbeit zu stärken.

Dennoch: Sollte es KEK und CCEE in den nächsten Jahren wirklich gelingen, Regeln für ein gedeihliches Miteinander der Kirchen in Europa zu entwickeln, wäre das ein wichtiges Signal für die Zukunft der Ökumene in einem Erdteil, zu dessen kultureller und religiöser Physiognomie die konfessionellen Trennungslinien ebenso gehören wie ein gemeinsames christliches Erbe. Es wird viel Fingerspitzengefühl und Beharrlichkeit brauchen, um die Orthodoxie in ein solches ökumenisches Pflichtenheft ebenso einzubinden wie die reformatorischen Minderheitskirchen, und auch diejenigen katholischen Ortskirchen in Europa ökumenisch offener und sensibler zu machen, die sich bisher eher sträuben oder zumindest sehr zurückhaltend sind. Deshalb ist dem Projekt „Ökumenische Charta für Europa“ Erfolg zu wünschen. *ru*

Österreich: Kirchenkrise zwischen Tragödie und Farce

Mit einem aufsehenerregenden Appell haben vier österreichische Bischöfe in die derzeitige Kirchenkrise um Kardinal Groer und Bischof Krenn eingegriffen. Ob es vor dem Papstbesuch im Juni zu einer Lösung kommt, ist ungewiß.

Wie in einer antiken Tragödie scheinen sich zur Zeit die dunklen Gewitterfronten der österreichischen Kirchenkrise zu einer Entladung zusammenzuballen, ohne daß man mit Gewißheit vorhersagen kann, wo und wann der Blitz einschlagen wird. In diesem dramatischen Geschehen spielen grundsätzliche Frontstellungen gegensätzlicher Kirchenbilder eine wichtige Rolle, es werden aber auch mit geübter Hand Fäden raffinierter Intrigen gezogen. Und in diesem Durcheinander fehlt auch nicht die Farce, die in Österreich selbst in fatalen Augenblicken zum leisen Kichern verleitet.

Ein unerträglicher Schwebezustand

Ausgangspunkt der nunmehrigen Phase in der österreichischen Kirchenkrise war der diesjährige 21. Februar. An diesem Tag installierte Johannes Paul II. auf dem Petersplatz in Rom die neuen Kardinäle, unter ihnen den Erzbischof von Wien, *Christoph Schönborn*. Erst wenige Stunden vor diesem Ereignis erfuhr der Erzbischof eher zufällig, daß auch sein umstrittener Vorgänger, Kardinal *Hans Hermann Groer*, in der Ewigen Stadt weilte, und am Vortag bei einer Privataudienz beim Papst gewesen war. Bei dieser Gelegenheit hatte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, *Karl Lehmann*, Groer in den Vorräumen der päpstlichen Privatbibliothek getroffen.

Die Erbitterung der österreichischen Bischöfe, die Erzbischof Schönborn

nach Rom begleitet hatten, war ebenso groß wie verständlich. In einer Pressekonferenz in Rom forderte Schönborn seinen Vorgänger öffentlich auf, ein „Wort des Bekenntnisses und der Vergebungsbitte“ zu finden. Noch deutlicher wurde der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz, *Johann Weber*, der vor dem Fernsehen in Rom den Schwebezustand in der Causa Groer als „unerträglich“ bezeichnete.

Die Angelegenheit müsse „baldigst“ geklärt werden, denn: „Das ist wie eine offene Wunde, die blutet.“

Außerdem bezeichnete Weber den jüngsten Handstreich des St. Pöltener Bischofs *Kurt Krenn*, der wenige Tage zuvor den Benediktinerpater *Udo Fischer* als Pfarrer von Paudorf abberufen hatte, als „überaus bedenklich“. Die Vorgänge in Paudorf seien weit über die Diözesangrenzen von St. Pölten hinaus zu einem Symbol geworden, und der Geschmack dieser Ereignisse sei „fürchterlich“.

Soweit die Fakten dieser Kabale, deren Hintergründe sich erst in den folgenden Tagen allmählich klärten. Es stellte sich nämlich heraus, daß Bischof Krenn eine Woche zuvor in Rom gewesen war. Bei diesem Aufenthalt scheint der Bischof von St. Pölten die Privataudienz von Kardinal Groer „eingefädelt“ zu haben. Über den Zweck dieses Manövers gibt es verschiedene Vermutungen, doch eines steht jedenfalls fest: In den meisten österreichischen Medien überdeckte die Berichterstattung über die unerwartete Anwesenheit Groers in Rom die Meldungen über die Amtsein-

führung des neuen Kardinals Christoph Schönborn durch den Papst. Damit war offenbar das Ziel erreicht.

Um das Maß voll zu machen, erklärte am Abend dieses Tages, der als Festtag für den neu ernannten Kardinal aus Wien gedacht war, in einer viel gesehenen Talkshow im österreichischen Fernsehen *Robert Prantner*, ehemaliger Sekretär von Bundeskanzler *Julius Raab* und prononcierter Anhänger des „Engelwerks“, er wisse aus verlässlicher Quelle in Rom, der Papst habe in der Privataudienz Kardinal Groer versichert, er stehe voll hinter ihm.

Diese Aussage wurde von vielen Menschen als glatte Provokation empfunden. Schlagartig kam es in allen österreichischen Diözesen, vor allem in Wien, zu einem neuerlichen Ansteigen der Kirchenaustrittsziffern, die nach der ersten Groer-Krise im Jahr 1995 einen alarmierenden Höchststand erreicht hatten, dann aber wieder allmählich gesunken sind.

In dieser Situation entschlossen sich die Mitglieder des Ständigen Rates der Österreichischen Bischofskonferenz zu einem Alleingang. Sie griffen dabei zurück auf die kurz zuvor abgegebenen Empfehlungen des ad hoc zusammengerufenen Laiengremiums „Kirchenezukunft“, das von der Katholischen Aktion Österreichs organisiert wurde. In diesen Empfehlungen wurde den Bischöfen nahegelegt, sich doch endlich aus der „Geiselhaft“ der bisher üblichen Einstimmigkeit der Bischofskonferenz zu befreien, und ein klares, offenes Wort zur Situation der Kirche zu sagen. In diesem Sinn billigten vier Bischöfe des Ständigen Rates (Weber, Schönborn, Kapellari, Eder) eine „Bischöfliche Erklärung“, die alle vagen Kompromißformeln vermied. Allgemeines Aufsehen erregte es, daß der Salzburger Erzbischof *Georg Eder*, der lange Zeit zur „Krenn-Fraktion“ gerechnet wurde, sich dieser Erklärung vollinhaltlich anschloß.

In der „Bischöflichen Erklärung“ heißt es u. a., viele Christen in Österreich seien traurig oder auch zornig, weil es

„noch immer nicht gelungen ist, den Konflikt um Kardinal Groer auf jenem Niveau zu behandeln oder zu lösen, das von der Kirche erwartet werden darf. Unsere Kirche verkündet eine anspruchsvolle Sexualmoral. Wenn ein Bischof schwerwiegender Verfehlungen gegen diese Moral zu Lasten von ihm anvertraut gewesenen jungen Menschen beschuldigt wird, dann genügt nicht eine Versöhnung in der Beichte. Vielmehr muß der Beschuldigte öffentlich und unzweideutig sagen, daß er unschuldig ist, oder öffentlich um Vergebung bitten, was meist auch mit einem Rückzug aus dem Amt verbunden sein wird. Kardinal Groer hat keine der beiden Möglichkeiten ergriffen.“

Als Befreiungsschlag empfunden

Nach dieser Situationsanalyse heißt es dann in der „Bischöflichen Erklärung“ in bisher ungewohnter Direktheit: „Wir sind nun zur moralischen Gewißheit gelangt, daß die gegen Alterzbischof Groer erhobenen Vorwürfe im wesentlichen zutreffen. Sein Schweigen haben wir ertragen, wir können aber selbst nicht länger schweigen, wenn wir unserer Verantwortung für die Kirche gerecht werden wollen. Wir fühlen uns zu dieser Erklärung besonders verpflichtet, weil ein Schweigen die Seelsorger der Kirche weiterhin durch den lähmenden Generalverdacht belasten würde, der Ruf eines Kardinals sei der Kirche wichtiger als das Wohl junger Menschen. Wir möchten auch den Heiligen Vater vor der öffentlich gemachten Behauptung schützen, er dulde ein solches zweideutiges Verhalten.“

Nach diesen Passagen, die in ihrer Klarheit wohl außergewöhnlich sind, werden dann die Dauer-Differenzen mit dem St. Pöltener Diözesanbischof Kurt Krenn ebenso unverblümt angesprochen: „Das Konzil und das Kirchenrecht gaben jeder Diözese die notwendige Eigenständigkeit, verpflichten aber jeden Bischof zur Mitsorge für die ganze Kirche in Einheit mit

dem Papst. Wenn eine Diözese besonders leidet, sind auch die anderen mitbetroffen. Dies gilt auch für die Diözese St. Pölten.“

Ein ‚Dialog für Österreich‘ ist angesagt. Wir Bischöfe haben die schwerwiegende Pflicht, die Kirche Österreichs vor einem Sonderweg abseits der Weltkirche und vor einer geistlichen Verflachung durch ein Christentum zu ‚herabgesetzten Preisen‘ bewahren zu helfen. Zugleich wissen wir uns verpflichtet zu einem ehrlichen Dialog mit allen Menschen und mit allen Gruppen, denen die Kirche am Herzen liegt. Wer ein solches Gespräch verweigert, gefährdet auf seine Weise die Einheit und Glaubwürdigkeit der Kirche und setzt sie einer Zerreißprobe aus. Wir hoffen daher, daß auch die Diözese St. Pölten an diesem umfassenden Gesprächsvorgang teilnehmen wird.“

Als Bischof Krenn im Fernsehen nach seiner Reaktion auf diese „Bischöfliche Erklärung“ befragt wurde, zeigte er sich zum erstenmal seit langer Zeit sichtlich betroffen und wortkarg. Er sei in diese Beratungen nicht einbezogen worden, klagte er, das Verhalten seiner Amtsbrüder sei „wenig brüderlich“.

In weiten Teilen des kirchlichen Lebens und auch der Medien wurde diese Erklärung jedoch als „Befreiungsschlag“, als „Trendumkehr“ empfunden. Die niederösterreichischen Äbte versicherten die Bischöfe ihrer Mithilfe und ersuchten den Episkopat, „in wirksamer Form und an geeigneter Stelle eine Korrektur für die Diözese St. Pölten einzuleiten“. *Joachim Angerer*, Abt des Prämonstratenserstiftes Geras, bezeichnete es als mutig und großartig, daß die Bischöfe einen neuen Weg eingeschlagen haben. Krenn habe immer mit der Einstimmigkeit der Bischöfe spekuliert. Jetzt sei er froh, sagte der Abt, über diese „Schubumkehr“, denn die Stimmung sei kurz vor der Explosion gestanden. Und *Maximilian Fürnsinn*, Propst des Stiftes Herzogenburg, ergänzte: „Es geht doch nicht an, daß ein Bischof ununterbrochen alle Beschlüsse blockiert.“

Am härtesten traf wohl Diözesanbischof Krenn der Umstand, daß sein eigenes Domkapitel in St. Pölten sich der „Bischöflichen Erklärung“ ausdrücklich anschloß. Hier zeichnen sich Weiterungen ab, von denen zur Zeit noch niemand sagen kann, welche Konsequenzen sie haben werden. Überdies kam es in Paudorf nördlich von St. Pölten zu einer Protestversammlung von 6000 Menschen, die sich vehement gegen die Abberufung ihres Pfarrers P. Udo Fischer aussprachen.

Unkalkulierbare Folgerungen

Mittlerweile hat die vom Abt des Stiftes Göttweig erbetene apostolische Visitation unter der Leitung des amerikanischen Abtprimas *Marcel Rooney* stattgefunden. Diese Visitation in der ersten Märzhälfte war von großer Of-

fenheit gekennzeichnet. Das Ergebnis der Visitation ist inzwischen nach Rom weitergeleitet worden. Kardinal Groer als Mitglied des Konvents von Göttweig wurde im Lauf der Visitation nicht befragt. Es soll aber zu schwerwiegenden Aussagen gekommen sein, und in der österreichischen Kirche ist man sehr gespannt, welche Konsequenzen nun gezogen werden.

Mit Ausnahme betont traditionalistischer Kreise ist in der Kirche Österreichs die Überzeugung weit verbreitet, daß ähnlich wie in Chur und Roermond nur eine „Amovierung“ von Kardinal Groer wie Bischof Krenn die Ruhe wiederherstellen könnte. Da der nächste Besuch des Papstes in Österreich für die zweite Junihälfte angesagt ist, müßten freilich die erforderlichen Maßnahmen schnell erfolgen. Andernfalls sind unkalkulierbare Folgerungen nicht auszuschließen. *F. C.*

Diese These ist Ergebnis eines langen Wegs in mehreren Etappen, auf den die „Gruppe von Dombes“ den Leser mitnimmt. Das in zwei Teilen im Halbjahresabstand veröffentlichte Dokument (Teil I: *Dans l'histoire et l'écriture*, 1997; Teil II: *Controverse et conversion*, 1998; jeweils Bayard Editions/Centurion, Paris) setzt bei der Erwähnung Marias in den klassischen Glaubensbekenntnissen an, geht auf die Sicht der Gottesmutter in der patristischen Literatur sowie in Theologie und Frömmigkeit des Mittelalters ein und zieht die geschichtlichen Linien über Reformation und Gegenreformation, Aufklärung und „marianisches“ 19. Jahrhundert bis in die Zeit nach dem Zweiten Vatikanum durch.

Bemühung um „versöhnte Verschiedenheit“

Es macht den Reiz des geschichtlichen Durchblicks vom 16. Jahrhundert bis zum 20. Jahrhundert aus, daß Maria jeweils parallel als katholisches und reformatorisches Thema analysiert wird. Die Gruppe von Dombes widmet sich dem „relativ wichtigen Platz“ Marias bei Luther, Zwingli und Calvin ebenso wie den marianischen Übersteigerungen der katholischen Gegenreformation. Beim Blick auf die jüngste Entwicklung stellt das Dokument für die katholische Seite fest, man orientiere sich am Zweiten Vatikanum; gleichzeitig gebe es aber in bestimmten theologischen Milieus eine Rückkehr zu einer vorkonziliaren Mariologie und in manchen Schichten des katholischen Volkes eine „Nostalgie traditioneller marianischer Frömmigkeit“ (Nr. 109). Auf evangelischer Seite komme Maria in Gesängen und liturgischen Texten seit den sechziger und siebziger Jahren häufiger vor als früher.

So originell wie weiterführend ist die Art und Weise, in der die Gruppe von Dombes die *Aussagen des Neuen Testaments über Maria* behandelt. Diese Aussagen sind grundsätzlich Katholiken und Protestanten gemeinsam, auch wenn sie im Lauf der Geschichte

Ökumene: Evangelisch-katholische Verständigung über Maria

Die „Gruppe von Dombes“ hat ein umfangreiches Dokument zur evangelisch-katholischen Verständigung über Maria vorgelegt. Es zielt darauf, gemeinsame Aussagen zu finden, ohne die Unterschiede zwischen den Traditionen wegzuwischen.

Mit ihrem neuesten Dokument unter dem Titel „Maria im Heilsplan Gottes und in der Gemeinschaft der Heiligen“ ist der „Gruppe von Dombes“ ein theologisch-ökumenisches Meisterstück gelungen. Die „Gruppe von Dombes“, benannt nach einer Trappistenabtei in der Nähe von Lyon, widmet sich seit ihrer Gründung 1937 dem ökumenischen Gespräch zwischen der katholischen Kirche und den reformatorischen Kirchen. Sie ist keine offizielle, von den Kirchen ernannte Dialogkommission; ihre jeweils sorgfältig erarbeiteten Dokumente haben sich aber immer wieder als ausgesprochen anregend und fruchtbar für die katholisch-reformatorische Ökumene erwiesen.

Dem Dokument über Maria ging ein 1991 veröffentlichter umfangreicher Text zum Thema „Bekehrung der Kirchen“ voraus (vgl. HK, April 1991, 160 ff.), der sich mit dem Verhältnis von Identität und Wandel im Blick auf die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen befaßte. Auch der neue Text aus der Werkstatt von Dombes endet mit einem Kapitel, das Vorschläge für eine „Bekehrung der Kirchen“ entfaltet. Es kommt zu dem Schluß (Nr. 335), die nach wie vor bestehenden Unterschiede zwischen katholischer und reformatorischer Auffassung in marianischer Lehre und Frömmigkeit hätten keinen trennenden Charakter mehr.